Deutscher Bundestag **Drucksache 17/8743**

17. Wahlperiode 27. 02. 2012

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Sahra Wagenknecht, Dr. Diether Dehm, Sevim Dağdelen, Werner Dreibus, Nicole Gohlke, Michael Schlecht, Johanna Voß und der Fraktion DIE LINKE.

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin

Finanzhilfen für Griechenland und Europäischer Rat am 1./2. März 2012 in Brüssel

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der Deutsche Bundestag lehnt das sogenannte zweite Hilfspaket für Griechenland ab. Die von der Eurogruppe am 20. Februar 2012 beschlossenen „Kredithilfen“ für Griechenland in Höhe von 130 Mrd. Euro werden eine Staatspleite längerfristig nicht abwenden. Der Grund: Die griechische Wirtschaft wird kaputtgespart, der Sozialstaat zerstört, die Demokratie ausgehebelt und das Land so immer tiefer in die Schuldenfalle getrieben.
2. Die bisherige Strategie der Bundesregierung ist komplett gescheitert. Seit Verabschiedung des ersten „Hilfspakets“ für Griechenland im Mai 2010 sind die Schulden des Landes um über 50 Mrd. Euro gestiegen, die Schuldenquote ist seither von 130 auf 170 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) hochgeschnellt.
3. Die angebliche Hilfe für Griechenland war bisher in Wirklichkeit ein Rettungspaket für die Banken. Von den 73 Mrd. Euro, die seit Mai 2010 aus dem ersten Hilfspaket an Griechenland ausgezahlt worden sind, flossen seitdem rund 70 Mrd. Euro durch Zins- und Tilgungszahlungen direkt in die Hände von Banken und privater Gläubiger. Zusätzlich kaufte die Europäische Zentralbank (EZB) und einige nationale Notenbanken den Banken und privaten Gläubigern Anleihen im Wert von ca. 70 Mrd. Euro ab. Auf diese Weise konnten sich Banken, Versicherungen, Hedgefonds und Besitzer großer Vermögen bereits zu einem großen Teil aus der Verantwortung ziehen, während gleichzeitig den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern in der Eurozone immer höhere Risiken aufgebürdet wurden.
4. Um das erste sogenannte Hilfspaket in Höhe von 110 Mrd. Euro zu erhalten, musste sich Griechenland einem unverantwortlichen Kürzungsprogramm unterwerfen, das in Europa bislang ohne Beispiel ist. Die Kürzungen hatten in 2010 und 2011 einen Umfang von 35 Mrd. Euro. Das waren 15 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung. Durch die Kürzungen ist die griechische Wirtschaft in den letzten zwei Jahren um 11 Prozent geschrumpft, die Investitionen sind um fast 50 Prozent eingebrochen. Die offizielle Arbeitslosenrate hat sich in den letzten zwei Jahren von 9,5 Prozent auf 21 Prozent mehr

als verdoppelt, die Jugendarbeitslosigkeit ist auf 50 Prozent hochgeschnellt. Die Obdachlosigkeit in Athen stieg nach Angaben des Bürgermeisters Giorgos Kaminis im letzten Jahr um 20 Prozent und die Anzahl der Menschen, die auf Suppenküchen angewiesen sind, nahm um 15 Prozent zu.

5. Das sogenannte zweite Hilfspaket für Griechenland setzt diese Politik mit katastrophalen Folgen für die Bevölkerung fort. Die Bundesregierung und die sogenannte Troika bestehend aus der Kommission der Europäischen Union, der EZB und dem Internationalem Währungsfonds (IWF) diktieren Griechenland immer neue Sozial-, Renten-, Lohn- und Mindestlohnkürzungen. Zum Beispiel soll der Mindestlohn in der Privatwirtschaft um 22 Prozent verringert werden, bei jungen Beschäftigten unter 25 Jahren soll der Mindestlohn gar um 32 Prozent gesenkt werden. Über drastische Rentenkürzungen sollen allein in den nächsten drei Jahren 14 Mrd. Euro eingespart werden. Obwohl der Anteil der öffentlich Beschäftigten in Griechenland schon jetzt sehr niedrig ist, sollen bis 2015 weitere 150 000 Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst vernichtet werden. An der diktierten Privatisierung von Wasserbetrieben, Seehäfen, Autobahnen, Flughäfen, Energieversorgung und Immobilien wird festgehalten. Die Situation der Bevölkerung wird durch diese Maßnahmen permanent verschlimmert, die griechische Wirtschaft zerstört.

6. Die „Hilfspakete“ für Griechenland sind ein Anschlag auf die Demokratie. Die harten Kürzungsmaßnahmen werden gegen den Willen und Widerstand der griechischen Bevölkerung durchgepeitscht. Durch detaillierte Politikvorgaben, Überwachungsmechanismen und die Einrichtung eines Sperrkontos wird Griechenland die Souveränität in zentralen Bereichen entzogen.

7. Die freiwillige Gläubigerbeteiligung in Form eines Schuldenschnitts von 53,5 Prozent ist unzureichend. In vergleichbaren Fällen, wie z. B. Argentinien, mussten die Gläubiger auf deutlich höhere Anteile ihrer Forderungen verzichten. Um die Gläubigerbeteiligung noch attraktiver zu machen, werden 30 Mrd. Euro aus dem „Hilfspaket“ dafür eingesetzt, um den Banken und privaten Gläubigern kurzfristige Schuldscheine auszuhändigen, die sie in kurzer Zeit bei der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) einlösen können. Weitere 5,5 Mrd. Euro werden dazu verwendet, um Zinsforderungen der Banken und privaten Gläubiger in voller Höhe bis zum Abwicklungstermin des Tauschgeschäfts auszuzahlen. Hinzu kommen höhere Schulden für den griechischen Staat durch die notwendige Rekapitalisierung der griechischen Banken in Höhe von erwarteten 50 Mrd. Euro. Die griechischen Schulden steigen ebenfalls durch die Absicherung der EZB in Höhe von 35 Mrd. Euro. Insgesamt steht eine Erhöhung der griechischen Schulden durch die freiwillige Gläubigerbeteiligung von zusammen 90,5 Mrd. Euro, einer Entlastung von 107 Mrd. Euro gegenüber. Aufgrund des erwarteten Haushaltsdefizits und erneuten starken Rückgangs der Wirtschaftsleistung wird der Anteil der griechischen Staatsschulden an der Wirtschaftsleistung trotz Gläubigerbeteiligung in 2012 nicht sinken. Ein Rückgang der Staatsschuldenquote auf 120 Prozent der Wirtschaftsleistung in den folgenden Jahren bis 2020 ist wegen des Teufelskreises aus Kürzungen, Rezession und fortgesetzten Staatsdefiziten praktisch ausgeschlossen. Schon jetzt ist absehbar, dass Griechenland früher oder später einen weiteren und noch größeren Schuldenschnitt braucht, der dann fast ausschließlich die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler treffen wird.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. der Vereinbarung über die Gewährung von Finanzhilfen der EFSF an Griechenland in Form von Darlehen von bis zu 189,4 Mrd. Euro (130 Mrd. Euro neue Hilfen zuzüglich der weiteren nicht ausgeschöpften 24,4 Mrd. Euro aus dem ersten Programm und einer Absicherung der EZB in Höhe von 35 Mrd. Euro) nicht zuzustimmen;

2. sich stattdessen dafür einzusetzen, dass die öffentlichen Haushalte der Eurozone von den Finanzmärkten abgeschirmt werden, indem eine öffentliche Bank ohne Umweg über private Banken und ohne Zinsaufschlag den Staaten Kredit einräumt und sich bei der EZB refinanziert;
3. sich für eine nachhaltige Entschuldung Griechenlands einzusetzen, indem der Staat von 75 Prozent seiner gesamten Schulden befreit wird;
4. die privaten Großbanken in öffentliche Hand zu überführen, strikt zu regulieren und zu verkleinern;
5. sich für ein sofortiges Ende der krisenverschärfenden Kürzungspolitik, für eine einmalige EU-weite Vermögensabgabe zur Krisenfinanzierung und eine europaweite Millionärssteuer einzusetzen;
6. schnellstmöglich geeignete Maßnahmen (wie z. B. einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro) zur Steigerung der deutschen Binnennachfrage zu verabschieden, um dadurch einen Beitrag zum Abbau des Handelsbilanzungleichgewichts zu leisten.

Berlin, den 27. Februar 2012

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Das bisherige Krisenmanagement hat Banken und private Gläubiger gerettet und die Situation in Griechenland verschlimmert. Ohne das beispiellose Vollpumpen der Banken durch die EZB hätte die Krise längst auch Kernländer der Eurozone wie Italien, Spanien oder Frankreich erfasst und in einen Teufelskreis aus steigenden Zinsen und sinkender Kreditwürdigkeit getrieben. Die Banken leiten die günstigen Kredite der EZB in gigantischer Höhe aber nur zu einem kleinen Teil an die Staaten oder den Unternehmenssektor weiter. Der größere Teil wird wieder bei der EZB angelegt oder fließt in spekulative Geschäfte. Damit erhöhen sich die Profite der Banken und die Gefahr weiter steigender Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise steigt.

Statt so die Bankenprofite zu subventionieren, sollte die EZB die Staatshaushalte unter Einschaltung einer öffentlichen Bank finanzieren. Dies würde der Spekulation gegen einzelne Eurostaaten ein Ende bereiten und die Zinsen für die öffentliche Hand deutlich senken, da die Zinsmarge für die privaten Banken entfallen würde. Die Abkopplung der Staatsfinanzierung von den Finanzmärkten macht einen harten Schuldenschnitt möglich, ohne dass die Eurokrise eskaliert und Staaten wie Portugal, Irland oder Spanien unter Druck geraten. Im Fall Griechenlands muss der Staat so von 75 Prozent seiner Schulden befreit werden. Durch die gesunkenen Zinskosten kann das staatliche Defizit Griechenlands damit sofort und ohne weitere Kürzungen auf deutlich unter 3 Prozent der Wirtschaftsleistung gesenkt werden.

Die Folgen eines harten Schuldenschnitts für Griechenland müssen berücksichtigt werden. Einige europäische Banken müssten rekapitalisiert werden. Diese Maßnahmen sollten dazu genutzt werden, die privaten Großbanken dauerhaft in die öffentliche Hand zu überführen und streng zu regulieren. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Banken ihre Kreditpolitik künftig am Gemeinwohl ausrichten und Kapital in sinnvolle Investitionsprojekte leiten, statt sich auf der Suche nach immer höheren Renditen auf den Finanzmärkten zu verspekulieren. Die Stabilität der Finanzmärkte ist ein öffentliches Gut. Eine funktionierende

Kreditversorgung und sichere Spareinlagen müssen daher durch den Staat gewährleistet werden.

Um zu vermeiden, dass durch die Kosten für die Rekapitalisierung, die Verkleinerung und öffentlich-rechtliche Umgestaltung der Banken die Bevölkerung belastet wird, soll eine europäische Vermögensabgabe für Millionäre eingeführt werden. Das ist ein Beitrag, um die Steuerungerechtigkeit der letzten Jahre zu korrigieren. Durch unzählige Steuergeschenke, riskante Spekulationsgeschäfte auf den Finanzmärkten und steuerfinanzierten Bankenrettungspakete wurden die Reichen immer reicher. Allein das Geldvermögen der europäischen Millionäre und Multimillionäre beläuft sich inzwischen auf 10 Bio. US-Dollar. Nimmt man andere Vermögenswerte hinzu, dürfte das Vermögen dieser Superreichen deutlich höher sein als die Staatsverschuldung in der gesamten EU, die sich auf 10 Bio. Euro summiert. Eine Vermögensabgabe für Millionäre wäre deshalb vom Aufkommen in der Lage, neben den Kosten für die Rekapitalisierung der Banken auch noch den Schuldenstand der öffentlichen Haushalte deutlich zu senken.

Neben der einmaligen Abgabe sind eine europaweite Millionärssteuer, eine Finanztransaktionssteuer sowie eine sozial gerechte Steuerreform notwendig, um ein europaweites Investitionsprogramm zu finanzieren.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333